

2. Tagung des 8. Landesparteitages

CCe Kulturhaus, Spergauer Straße 41a, 06237 Leuna



Antragsheft

5. und 6. März 2022

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einladung und Parteitagsorganisation	3 - 6
Entwurf der Tagesordnung	7
Entwurf des Zeitplanes	8 - 9
Geschäftsordnung des 8. Landesparteitages	10 - 13
Arbeitsgremien des 8. Landesparteitages	14 - 15
 <u>Berichte</u>	
Bericht des Landesvorstandes	16 - 20
Tätigkeitsbericht des Landesausschusses 2019 – 2021	21 - 23
Tätigkeitsbericht der Landesschiedskommission	24 - 25
 <u>Leitantrag „DIE LINKE kämpft“</u>	 26 - 31
 <u>Anträge zur Änderung der Landessatzung</u>	
Antrag 1 - „Doppelt quotierte Redeliste“	32
Anträge 2.1. und 2.2. - „Mandatszeitbegrenzung“	33 - 34
Anträge 3.1. und 3.2. - „Zusammensetzung des Landesvorstandes“	35
Antrag 4 - „Begrenzung der Plätze für Mandatsträger:innen und Mitarbeiter:innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand“	36
Antrag 5 - „Generationengerechtigkeit bei Landeslisten zu Wahlen“	36
Antrag 6 - „Transparenz bei Listenaufstellungen zu Landtags- und Bundestagswahlen“	37
Antrag 7 - „Anzahl der Delegiertenmandate“	37
 <u>Anträge zur Änderung der Landesfinanzordnung</u>	
Antrag 1 - „Änderung der Landesfinanzordnung in § 4 – Abgaben kommunaler Mandatsträger:innen“	38
Antrag 2 - „Änderung der Landesfinanzordnung in § 4 – Funktionszulagen Mandatsträger:innen“	38
 <u>Weitere Anträge</u>	
Antrag 1 - „Begrenzung der Ausübung eines Mandates im Landtag oder Bundestag“	39
Antrag 2 - „Struktur des Landesvorstandes“	39
Antrag 3 - „Kriterien zur Erstellung eines Listenvorschlages für Landtagswahlen“	40
Antrag 4 - „Doppelspitze in der Landtagsfraktion“	40
Antrag 5 - „Änderung der Kommunalverfassung im Sinne des Beschlusses des BVerfG vom 29.04.2021“	41
 Bisher bekannte Kandidaturen (Stand: 27. Januar 2022)	 42 - 43

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
verehrte Gäste,

wir laden herzlich ein zu unserem nächsten Landesparteitag.

Die 2. Tagung des 8. Landesparteitages findet vom 05. bis 06. März 2022 statt. Tagungsort ist das CCe Kulturhaus Leuna, Spergauer Straße 4 1a, 06237 Leuna.

In deren Mittelpunkt werden die Auswertung der Landtags- und Bundestagswahl sowie die Neuwahl des Landesvorstandes und weiterer Gremien des Landesverbandes der Partei DIE LINKE sowie der Mitglieder des Bundesausschusses 2022/2023 stehen.

Hinweise zum Antragsverfahren

21. Januar 2022: Veröffentlichung des Leitantrages

Gemäß § 16 Absatz (5) unserer Landessatzung wurde der Leitantrag sechs Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht. Er geht den Delegierten mit diesem Antragsheft zu und ist auf der Website des Landesverbandes sowohl als PDF-Datei (Antragsformat) als auch in Textform verfügbar unter: <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/8-parteitag-2-tagung/dokumente/>

25. Februar 2021, 10.00 Uhr: Antragsschluss für Änderungsanträge

Änderungsanträge zum Leitantrag, zu anderen Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und zu ordentlichen Anträgen sind gemäß Geschäftsordnung des 8. Landesparteitages bis spätestens sieben Tage vor Beginn des Landesparteitages – **bis zum 25. Februar 2022, 10.00 Uhr** – schriftlich zur Weiterleitung an die Antragskommission bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

Dringlichkeits- oder Initiativanträge, also Anträge, die sich aus der politischen Situation nach dem Antragsschluss oder aus dem Parteitag heraus ergeben, bedürfen nach § 16 Absatz (5) der Landessatzung für eine Behandlung im Plenum der Unterschrift von mindestens 10 Prozent der stimmberechtigten Delegierten. Hierfür gibt es keine satzungsgemäß festgelegte Antragsfrist, sie können auch unmittelbar während des Landesparteitages eingebracht werden.

Adresse für Änderungsanträge:

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Fax: 0391 7324848
E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Organisatorisches

Hygienekonzept

für die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 05. und 06. März 2022
im CCe Kulturhaus Leuna, Spergauer Straße 41A, 06237 Leuna

Verantwortlichkeiten:

Zur Vorbereitung und Durchführung steht die Landesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Zum Objekt:

Das CCe ist ein modernes Kultur- und Kongress-Zentrum. Der Carl-Bosch-Saal dient mit einer Gesamtfläche von 630 m² als Veranstaltungs- und Eventlocation für Veranstaltungen bis 830 Personen.

1. Allgemein:

1.1. Die hier beschriebenen Maßnahmen sind durch den Veranstalter, die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, zwingend durchzusetzen. Es findet zu Beginn der Tagung bei Betreten des Kulturhauses eine Einweisung der Delegierten in das Hygienekonzept statt. Hierfür wird eine Unterschriftenliste angefertigt, die die Unterrichtung in das Hygienekonzept protokolliert. Die Vorgaben des Infektionsschutzkonzeptes des CCe Kulturhauses sind vollumfänglich zu beachten.

1.2. Die teilnehmenden Delegierten und Gäste melden sich vor der Veranstaltung schriftlich für diese an. Auf der Internetseite des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt und in den Einladungen wird auf das Hygienekonzept verwiesen. Der Zutritt wird gestaffelt gewährt, um Warteschlangen zu vermeiden.

1.3. Die Teilnehmer:innen werden mit der Anmeldebestätigung darauf hingewiesen, dass sie mit Krankheits-Symptomen, die dem Corona-Virus zugeschrieben werden, nicht am Parteitag teilnehmen können. Teilnehmende mit plötzlich auftretenden, erkrankungstypischen Symptomen, welche auf SARS-CoV-2-Infektionen schließen lassen, teilen dies umgehend der Veranstaltungsleitung mit und begeben sich in ärztliche Untersuchung.

1.4. Weiterhin von der Teilnahme ausgeschlossen sind Personen, die zum Stichtag 19.02.2022 bis zu Beginn des Parteitages am 05.03.2022 mit positiv getesteten Menschen persönlichen Kontakt hatten oder selbst positiv getestet wurden.

1.5. Bei der Anmeldung hinterlassen die Teilnehmer:innen ihren Namen, Adresse, E-Mail-kontakt und/oder Handynummer, so dass die Nachverfolgbarkeit gewährleistet ist. Diese Anmelde-daten werden 4 Wochen lang beim Veranstalter gespeichert und werden dann gelöscht (sofern keine andere Notwendigkeit vorliegt). Im Fall der Delegierten, werden die Daten aus der Mitglieder-datenbank zum Abgleich verwendet.

1.6. Die Teilnehmer:innen, die sich für die Teilnahme am Ort angemeldet hat, bekommen einen festen Sitzplatz zugewiesen.

2. Aufenthalt / Abstandsgebot

2.1. Der Zutritt zum Objekt unterliegt derzeit der 2G Regel (vollständig geimpft, genesen). Ein entsprechender amtlicher Nachweis ist zwingend erforderlich und wird vor Ort kontrolliert. Bitte um Beachtung, dass kurzfristige Änderungen bezüglich der aktuellen Hygiene- und Schutzmaßnahmen jederzeit möglich sind. Die Teilnehmer:innen sind verpflichtet, den Mindestabstand von 1,50 Meter einzuhalten. Im Tagungsraum sind die Konferenztische und Laufgänge entsprechend eingerichtet. Das Tragen von FFP2-Masken oder medizinischen Masken ist bis zum Sitzplatz Pflicht. Am Sitzplatz ist das Abnehmen der Maske unter Einhaltung des Abstandes zulässig. Beim Verlassen des Sitzplatzes ist das Tragen einer FFP2-Maske oder medizinischen Maske Pflicht.

2.2. Das Verzehren von Speisen ist nur an den ausgewiesenen Plätzen erlaubt. Die Teilnehmer:innen werden darauf hingewiesen, dass das Teilen von Essen und Getränken untersagt ist, den Empfehlungen hinsichtlich Abstands-, Hust- und Nieshygiene sowie Händedesinfektion ist Folge zu leisten.

2.3. Das Aufstellen von Infoständen und das Verteilen von Material auf den Tischen im Saal, im oder vor dem Objekt ist untersagt.

3. Maskenpflicht

3.1. Die Teilnehmer:innen sind verpflichtet, beim gemeinsamen Aufenthalt in geschlossenen Räumen und gleichzeitig eintretenden Situationen, in welchen der Mindestabstand von 1,50 Meter nicht gewährleistet werden kann, eine Mund- und Nasenbedeckung zu tragen. Am Sitzplatz kann vom Tragen einer Maske abgesehen werden, wenn der Mindestabstand von 1,50 m eingehalten werden kann, beim Verlassen des Sitzplatzes gilt es eine FFP2-Maske oder medizinische Maske zu tragen.

3.2. Die Tragezeit der jeweiligen Maske ist stets zu beachten. Bei Bedarf hat die benutzte Maske durch eine neue ersetzt zu werden.

3.3. Über den korrekten Umgang und die Handhabung mit der Mund- und Nasenbedeckung werden die Teilnehmenden bei der Anmeldung durch Einweisung in das Hygienekonzept unterrichtet.

4. Desinfektionsmaßnahmen und Lüftung

4.1. Der Veranstalter sorgt für ausreichend Pausen zum Lüften und Desinfektionsmittel im Saal sowie Handwaschmittel im Zugangsbereich und auf den Toiletten. Regelmäßige Desinfektionen haben entsprechend der behördlichen Vorgaben durch alle Teilnehmenden zu erfolgen.

Versorgung vor Ort

Essen und Getränke sind ganztägig auf Selbstzahlerbasis erwerbbar. Wir haben uns um eine sozialverträgliche Preisgestaltung bemüht.

Kinderbetreuung

Auf dem Landesparteitag wird es aufgrund der Corona-Lage keine Kinderbetreuung geben können. Hier bitten wir um euer Verständnis.

Website

Alle Informationen zum Landesparteitag sind auch im Internet auf der Website des Landesverbandes veröffentlicht: <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/8-parteitag-2-tagung/dokumente/>

Bitte um Rückmeldung

Aufgrund der Hygienevorschriften und der geltenden Abstandsregelungen bitten wir um unbedingte Rückmeldung bezüglich der Teilnahme/Nichtteilnahme an die Landesgeschäftsstelle (Telefon: 0391/7324840 oder per Mail lgst@dielinke-lsa.de).



Stefan Gebhardt
Landesvorsitzende



Sabine Krems-Jany
Landesgeschäftsführerin

Tagungsort

CCe Kulturhaus Leuna
Spergauer Straße 41a
06237 Leuna

Anfahrt mit dem öffentlichen Nahverkehr

Der Bahnhof Merseburg befindet sich in der Nähe des Tagungsortes. Von dort aus ist der Tagungsort mit der Straßenbahnlinie 5, ab Haltestelle „Merseburg/Zentrum“ in Richtung Leuna, Haltestelle „Am Haupttor“ erreichbar. Von dort aus sind es noch 5 Minuten Fußweg bis zum Kulturhaus.

Sollte Hilfe bei der Anreise benötigt werden, meldet dies bitte bis zum **25. Februar 2022** unter der Telefonnummer: 0391 7324840 oder per E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de an.

Parkplätze

Parkplätze befinden sich direkt am Tagungsobjekt.

Entwurf

Tagesordnung

der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 05. und 06. März 2022 in Leuna

1. Eröffnung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
3. Rede des Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages
4. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden / zum Leitantrag (Generaldebatte)
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Beschlussfassung zum Leitantrag des Landesvorstandes
7. Satzungsänderungen / Behandlung und Beschlussfassung der Änderungsanträge zur Landessatzung
8. Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
9. Aussprache zu den Berichten
10. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
11. Wahl der/des Landesvorsitzenden
12. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
13. Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers
14. Wahl der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
15. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
16. Rede der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
17. Aussprache zum Bericht der Fraktion
18. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Bundesausschusses für 2022/2023
19. weitere Anträge und Beschlussfassungen
20. Schlusswort der/des neu gewählten Landesvorsitzenden

Entwurf

Zeitplan

der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 05. und 06. März 2022 in Leuna

Samstag, 05.03.2022

- 10.00 Uhr Eröffnung
- 10.05 Uhr Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
- 10.25 Uhr Rede des Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages
- 10.55 Uhr Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden und zum Leitantrag (Generaldebatte)
- 12.00 Uhr Mittagspause
- 12.45 Uhr Fortsetzung Aussprache
- 13.45 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 13.50 Uhr Beschlussfassung zum Leitantrag
- 14.00 Uhr Satzungsänderungen / Behandlung und Beschlussfassung der Änderungsanträge zur Landessatzung
- 15.30 Uhr Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
- 15.45 Uhr Aussprache zu den Berichten
- 16.05 Uhr Bestätigung der Berichte und Entlastung
- 16.15 Uhr Pause
- 16.30 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen/Kandidaten zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 16.50 Uhr Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 17.20 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 17.25 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 17.55 Uhr Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 18.10 Uhr Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers
- 18.40 Uhr Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
- 18.50 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse der stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 19.00 Uhr Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers und der Landesschatzmeisterin/ des Landesschatzmeisters
- 19.15 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorstand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)

- 19.35 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Landesgeschäftsführerin/
den Landesgeschäftsführer und die Landesschatzmeisterin/den Landesschatz-
meister
- 19.45 Uhr Fortsetzung Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvor-
stand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)
- 20.30 Uhr Wahl der Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung für den Landesvor-
stand
- 20.40 Uhr Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 06. März 2022

- 10.00 Uhr Fortsetzung der Beratung, Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 10.10 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die gemischte Liste zur Wahl
des Landesvorstandes
- 10.55 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11.00 Uhr Wahl der gemischten Liste für den Landesvorstand
- 11.15 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
- 11.35 Uhr Aussprache zum Bericht der Fraktion
- 12.30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die gemischte Liste
- 12.40 Uhr Mittagspause
- 13.10 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesfinanzrevisions-
kommission (mindestens 3), Landesschiedskommission (mindestens 6), den
Bundesausschuss (4 Mitglieder/2 Ersatzmitglieder)
- 14.15 Uhr Wahlgänge
- 14.40 Uhr weitere Anträge und Beschlussfassungen
- 15.15 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Gremien
- 15.30 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung

des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages am 20. März 2021)

I. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und – sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird – in offener Abstimmung
 - das Tagungspräsidium
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Wahlkommission
 - die Antragskommission

Das Tagungspräsidium und die Kommissionen werden quotiert und getrennt voneinander gewählt. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden.

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet. Es bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
3. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

II. Regeln in der Debatte

5. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer:innen mit beratender Stimme haben Rederecht. Gästen kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
6. Die Tagungsleitung ruft die Tagungsordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner:innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und kann das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

7. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme zugunsten anderer Redner:innen ist nicht möglich.
8. Die Reihenfolge der Redner:innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die Antragsteller:innen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner:innen zu stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an Diskussionsredner:innen begrenzen.
9. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagungsordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagungsordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht auf diese Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner:innen zu verlesen.
10. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Diese sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

III. Antragstellung/Antragsarten/Beschlussfassung

11. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend und angemeldet ist.
12. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen.
13. Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten.
14. Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
15. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
16. Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf die vorliegenden Anträge beziehen und diese ändern sollen. Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 7 Tage vor

Beginn der Tagung bei der Landesgeschäftsstelle zur Weiterleitung an die Antragskommission einzureichen.

Zur Begründung von Änderungsanträgen erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 1 Minute.

17. Der/die Antragsteller:innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt. Der Parteitag kann dieser Übernahme auf mündlichen Antrag einer/eines Delegierten in jedem Einzelfall widersprechen.
18. Dringlichkeitsanträge sind selbstständige Anträge zu besonderen politischen Ereignissen oder grundsätzlichen politischen bzw. gesellschaftlichen Veränderungen, deren Anlass nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn der Tagung, eingetreten ist.
Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.
Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der gewählten Delegierten auch unmittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht werden.
19. Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder Wiedereröffnen der Redeliste. Sie können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redner/innenliste gestellt werden. Sie werden unmittelbar behandelt. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt für die Antragsteller:in sowie Gegen- und Fürredner:in 1 Minute. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
20. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anderslautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird oder sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Gleichheit der Ja- und Nein-Stimmen gilt der Antrag als abgelehnt.
Die Abstimmung erfolgt durch das Erheben der Delegiertenkarte.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler:innen ein, die dann tätig werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder wenn von der Tagungsleitung kein eindeutiges Ergebnis ermittelt werden kann.

IV. Weitere Regelungen

21. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden weiblichen Delegierten ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.

Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.

22. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
23. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Über den Ablauf ist eine Niederschrift sowie ein Ton- oder Videomitschnitt zu fertigen und zu archivieren.
24. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
25. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

Arbeitsgremien

des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages am 20. März 2021)

Tagungspräsidium

Ute Haupt	Halle (Saale)
Rosemarie Hein	Magdeburg
Angelika Klein	Mansfeld-Südharz
Marion Krischok	Halle (Saale)
Carola Kunde	Mansfeld-Südharz
Katrin Kunert	Stendal
Gudrun Tiedge	Börde
Jutta Walther	Saalekreis
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld
Robert Berndt	Saalekreis
Mario Blasche	Stendal
Roland Claus	Salzlandkreis
Andreas Henke	Harz
Guido Henke	Börde
Frank Hoffmann	Dessau-Roßlau
Hendrik Lange	Halle (Saale)
Uwe Loos	Wittenberg
Jan Röttschke	Halle (Saale)

Mandatsprüfungskommission

Vera Baryshnikow	Magdeburg
Birgit Kaaden	Wittenberg
Bettina Kutz	Anhalt-Bitterfeld
Helga Poost	Harz
Niklas Radtke	Harz
Lukas Wanke	Halle (Saale)

Antragskommission

Janina Böttger	Halle (Saale)
Christina Buchheim	Anhalt-Bitterfeld
Sabine Dirlich	Salzlandkreis
Kerstin Eisenreich	Saalekreis
Silke Wolf	Börde
Christian Arnd	Magdeburg
Frank Brozowski	Dessau-Roßlau
Gerald Grünert	LAG Kommunalpolitik
Karsten Lippmann	Harz
Philipp Rögnitz	Dessau-Roßlau

Wahlkommission

Renate Bauer	Wittenberg
Ina Emanuel	Stendal
Heidemarie Fischer	Börde
Sandra Heiß	LAG Bildungspolitik
Anja Krimmling-Schoeffler	Halle (Saale)
Nadja Lüttich	Altmarkkreis Salzwedel
Stefanie Mackies	Halle (Saale)
Sigrid Reinicke	LAG Kommunalpolitik
Katrin Schulz	Altmarkkreis Salzwedel
Stefanie Schulz	Stendal
Karin Stöbe	Dessau-Roßlau
Ute Tichatschke	Harz
Daniel Feuerberg	Mansfeld-Südharz
Lukas Hirtz	Magdeburg
Klaus Magenheimer	Salzlandkreis
Bodo Meerheim	Halle (Saale)
Raik Ohlmeyer	Altmarkkreis Salzwedel
Tim Radosta	Börde
Justin Reichert	Wittenberg
Kevin Schlamann	Stendal
Matthias Schütz	Anhalt-Bitterfeld
Detlef Tichatschke	Harz
Elias Zarrad	Wittenberg

Bericht des Landesvorstandes

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Der Landesvorstand wurde auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. und 21. Juni 2019 in einer Stärke von 18 Mitgliedern gewählt. Er kam im Berichtszeitraum zu insgesamt 31 Beratungen zusammen. Davon fanden 18 Sitzungen in Präsenz, 2 als Telefonkonferenz und 11 als Videokonferenz statt.

Der Landesvorstand konstituierte sich in seiner Sitzung am 22. Juni 2019 und beschloss die Geschäftsordnung. Weiterhin wurde entsprechend der Landesatzung des Landesverbandes §31 beschlossen, die Funktionen der Landesgeschäftsführerin und des Landesschatzmeisters hauptamtlich zu besetzen.

Der Landesvorstand legte regionale und inhaltliche Verantwortlichkeiten sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner fest.

Politisch-konzeptionelle Arbeit

Der Landesvorstand befasste sich ausführlich mit inhaltlichen Fragen und unterstützte landesweite Kampagnen. Auch auf Landesebene ist es eine permanente Herausforderung, die aktuelle parlamentarische Arbeit gemeinsam mit den Gliederungen und Gremien der Partei zu reflektieren.

Um dies zu erreichen war die Information über Diskussionen und Entscheidungen in der Fraktion von Landtag und Bundestag ständiger Tagesordnungspunkt der Sitzungen des Landesvorstandes. Er misst diesem Austausch eine hohe Priorität bei, um seiner Aufgabe als politisches Führungsgremium gerecht zu werden.

Der Landesvorstand verständigte sich u.a. zu folgenden Themen:

- „Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“
- Zukunftsgestaltung Ostdeutschland
- Unterstützung der *#unteilbar*-Demonstration
- Unterstützung der Klimabewegung „*FridayforFuture*“
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Unterstützung der Veranstaltung zum Thema „*30 Jahre friedliche Revolution*“
- Parlamentsreform
- Unterstützung des Volksbegehrens zum Thema „*Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!*“
- aktive Unterstützung zum Streik der AMEOS Beschäftigten durch den Landesvorstand
- Unterstützung der Ostermärsche / Eine Aktion der Bürgerinitiative „*OFFENE HEIDe*“

- Gesundheit für alle - „Patientenwohl statt Profite: Das Geschäft mit der Gesundheit beenden“ - Beschluss
- Friedenspolitik
- Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt
- Auseinandersetzung mit Tönnies Weißenfels
- Solidarität mit Gewerkschaften in Bezug auf den öffentlichen Nahverkehr
- Verständigung zu den Themen: „*Tag der Arbeit, Tag der Pflege*“
- Verständigung zum Lock-Down im Zusammenhang mit der Corona-Krise
- Unterstützung der Aktionen des DGB
- Verständigung zur Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft im Landesverband: „LAG Bewegungslinke Sachsen-Anhalt“

Der Landesvorstand hat bereits bestehende Aktivitäten der Kampagnen- und Bündnisarbeit fortgesetzt und neue Aktionen im Land unterstützt. Das betrifft zum Beispiel das Volksbegehren für mehr Lehrer in Sachsen-Anhalt.

Selbstverständlich spielten auch friedenspolitische Positionen unserer Partei eine wichtige Rolle. Der Landesvorstand unterstützte die Ostermärsche in Sachsen-Anhalt und die Bürgerinitiative „OFFENE HEiDe“ in dieser Wahlperiode. Ideell und finanziell unterstützte der Landesvorstand auch wieder die jedes Jahr in Dessau stattfindende Veranstaltung „Lieder gegen das Vergessen“.

Landtagswahl

Im November 2019 berief der Landesvorstand die Redaktionskommission zur Erarbeitung eines Wahlprogrammes. Der Landesvorstand beschloss für die strategische und operative Vorbereitung der Landtagswahl 2021 im März 2020 eine Wahlkampfstruktur. Diese beinhaltete die Kommission Strategie und Wahlen, das Landeswahlplenum und das operative Wahlbüro.

Die Kommission Strategie und Wahlen hatte die Aufgabe, die Wahl strategisch vorzubereiten und zu begleiten.

Das Landeswahlplenum mit den Stadt- und Kreisverbänden hat sich in den letzten Jahren bewährt, weil es damit gelungen ist, sie frühzeitig in die Planung der Wahlkampagne und ihre Umsetzung einzubeziehen. Damit sollten ihre Erfahrungen, Belange und Interessen besser berücksichtigt werden.

Das operative Wahlbüro koordinierte die Organisation und Umsetzung der Wahlkampagne.

Die Erarbeitung der Printmaterialien zur Landtagswahl wurde aus der Landesgeschäftsstelle heraus koordiniert. Die Wahlzeitung und die Inhalte der Folder wurden in den Kreisen erarbeitet. Das war für alle mit einem sehr hohen Aufwand verbunden, die gute Qualität der Wahlzeitung, die gestaltet wurde, hat aber diesen Aufwand gerechtfertigt. Im Gegensatz zur Kommunalwahl wurde noch intensiver das Augenmerk auf Einhaltung der von uns selbst vorgegebenen Terminalschiene für die Produktion der Wahlkampfmaterialien gelegt. Dank der Disziplin der Stadt- und Kreisverbände konnte dies erfolgreich umgesetzt werden.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt erhielt 12,8 Prozent der Erststimmen und 11 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2016, ein Verlust bei den Erststimmen von 5,9 Prozent und bei den Zweitstimmen von 5,3 Prozent. Die Anzahl der Mandate der Landtagsfraktion verringerte sich auf 12 Mandate.

Bundestagswahl

In der zurückliegenden Wahlperiode des Landesvorstandes fand die Bundestagswahl am 26. September 2021 statt. Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung erfolgte über das Landeswahlbüro. Neben der klassischen Kampagne mit Plakaten, Print und Web gab es in den Kreisen diverse Wahlkampfveranstaltungen der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten und eine Trucktour der Bundesebene auch in Sachsen-Anhalt. Die Veranstaltungen in Bitterfeld, Köthen und Halle waren durchaus gut besucht und erfolgreich.

Der Landesvorstand befasste sich mit dem Wahlergebnis der Bundestagswahl 2021. DIE LINKE erreichte nur 4,9 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Von ehemals vier Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt, sind für DIE LINKE Petra Sitte und Jan Korte wieder in den Bundestag eingezogen.

Das Landesergebnis in Sachsen-Anhalt mit 7,9 Prozent der Erststimmen und 9,6 Prozent der Zweitstimmen wurde im Landesvorstand und auf den Regionalkonferenzen diskutiert und ausgewertet. Im Hinblick auf Sachsen-Anhalt wird deutlich, dass es einen flächendeckenden Verlust der Stimmen zu 2016 gegeben hat.

Auch wenn die Ursachen dieses Wahlergebnisses vielfältig sind, ist die Niederlage bei der Bundestagswahl auch Ergebnis öffentlich geführter innerparteilicher Konflikte der letzten Jahre. Mit Blick in die Zukunft, wird auch dem Landesverband ein sehr hohes Maß an Geschlossenheit abverlangt werden.

Die Landeswahlkampfleiterin Sabine Krems-Jany und der Wahlkampfleiter Achim Bittrich informierten den Landesvorstand regelmäßig über die Vorbereitungen und Aktivitäten im Landtags- und Bundestagswahlkampf.

Ein großes Dankeschön geht an die vielen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die im Wahlkampf aktiv waren, Material verteilt, Plakate gehängt und viele Veranstaltungen organisiert haben. Auch unseren Kandidatinnen und Kandidaten möchten wir für ihr Engagement und kreativen Wahlkampf unter Pandemiebedingungen danken. Bitte bleibt der Politik erhalten und diskutiert mit uns genauso engagiert, wie vor der Wahl. Wir brauchen euch alle!

Landesparteitage/Vertreter:innenversammlungen

Fristgemäß berief der Landesvorstand in der vergangenen Wahlperiode zwei Landesparteitage ein und verabschiedete die dafür notwendigen Beschlüsse (Delegiertenschlüssel, Einberufung, Vorschläge für die Geschäftsordnung und die Besetzung der Arbeitsgremien)

Bereits in der konstituierenden Sitzung fand eine ausführliche Verständigung zur Auswertung der 1. Tagung des 7. Landesparteitages am 20. Juni 2019 in Burg statt, in welcher viele Anregungen für künftige Landesparteitage zusammengetragen wurden.

Am 11. Juli 2020 fasste der Landesvorstand den Einberufungsbeschluss für die 2. Tagung des 7. Landesparteitages für den 11. Oktober 2020 in Plötzky. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Landtagswahl 2021, Beschlüsse zu Satzungsänderungen und die Nachwahl von Mitgliedern der Landesschiedskommission.

Der Landesvorstand beschloss am 2. November 2020 die Einberufung der Vertreter:innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl für den 30. und 31. Januar 2021 in Plötzky. Coronabedingt fand diese Vertreter:innenversammlung nur eintägig am 30. Januar 2021 statt.

In seiner Beratung am 19. Januar 2021 fasste der Landesvorstand den Einberufungsbeschluss für die 1. Tagung des 8. Landesparteitages für den 19. März 2021 in Leuna. Schwerpunkte des Parteitages waren unter anderem die Vorbereitung des Wahlkampfes für die Landtagswahl 2021 und die Verabschiedung des Landtagswahlprogrammes.

Die Vertreter:innenversammlung zur Aufstellung der Bewerber:innen der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 wurde durch den Landesvorstand für den 20. März 2021 einberufen. Aufgabe der Vertreter:innenversammlung war die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Die Einberufung der 2. Tagung des 8. Landesparteitages für den 20. und 21. November 2021 in Leuna wurde am 13. September 2021 beschlossen. Zielsetzung ist die Neuwahl des Landesvorstandes und aller weiteren Gremien.

Der Landesvorstand bedankt sich sehr herzlich bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auf unseren Landesparteitagen und Vertreter:innenversammlungen. Ihre Unterstützung war und ist ganz wichtig für das Gelingen dieser und vieler anderer Veranstaltungen und Konferenzen.

Struktur und Finanzen

Im Oktober 2018 wurde eine Krankheitsvertretung für die Region Anhalt befristet eingestellt. Im September erfolgte daraus eine unbefristete Anstellung. Nach der Wiedereingliederung einer langzeiterkrankten Mitarbeiterin, übernahm diese die Region Südliches Sachsen-Anhalt. Dies wurde möglich, weil die bis dato zuständige Regionalmitarbeiterin auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages als Landesgeschäftsführerin gewählt wurde.

Aufgrund eines vereinbarten Rückkehrrechtes kehrte im November 2021 eine Mitarbeiterin in den Dienst der Landesgeschäftsstelle zurück. Diese Rückkehr hat finanzielle Auswirkungen auf den Landesverband.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle ist für ihre hervorragende Arbeit zu danken, die sie trotz Mehrbelastung und Umverteilung der Aufgaben geleistet haben.

In den Kreisverbänden und im Landesvorstand wurde in beiden zurückliegenden Jahren eine solide Finanzarbeit geleistet. Trotz zurückgehender Mitgliederzahlen und damit verbundenen Rückgängen bei den Einnahmen befand sich der Landesverband in einer stabilen finanziellen Situation. Mit den Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahl hat sich die finanzielle

Lage des Landesverbandes deutlich verschlechtert. Es bedarf einer gemeinsamen solidarischen Anstrengung von Land und den Stadt- und Kreisverbänden, um die Situation mittelfristig wieder zu stabilisieren.

Einen detaillierten Überblick zu den Finanzen des Landesverbandes wird es mit dem schon traditionellen Bericht des Landesschatzmeisters an den Parteitag geben.

Die Arbeit mit und im Landesfinanzrat war konstruktiv und zielorientiert. Finanzbeschlüsse wurden gut vorbereitet und von allen Kreisschatzmeisterinnen und Kreisschatzmeistern unterstützt und mit umgesetzt. Es wurde gemeinsam erreicht, dass notwendige Unterlagen zur Bearbeitung pünktlich vorlagen, damit die Buchhaltung als Dienstleister für die Kreisverbände erledigt werden konnte.

Der Landesverband hat auch in den vergangenen beiden Jahren die Arbeit des parteinahen Jugendverbandes finanziell unterstützt. Der Landesvorstand misst dem Jugendverband eine wichtige Rolle in der politischen Arbeit der Partei und bei der Gewinnung neuer Mitglieder zu. Daher ist dem Landesvorstand daran gelegen, den Jugendverband auch weiterhin zu unterstützen und erhofft sich eine engere Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugendverband.

Entsprechend der Landessatzung § 21 Abs. 1c wurden 2 Mitglieder mit beschließender Stimme aus dem Landesvorstand für den Landesausschuss 2020/2021 gewählt.

Die bisherigen Mitglieder im Landesausschuss, Monika Hohmann und Frank Hoffmann, erklärten ihre erneute Kandidatur für die Wahlperiode 2020/2021 und wurden in geheimer Wahl einstimmig gewählt.

Weitere Aktivitäten

Konsequent positionierte sich der Landesvorstand auch in der vergangenen Wahlperiode gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus. Er unterstützte in diesem Zusammenhang zahlreiche Protestaktionen und Demonstrationen. Viele Mitglieder des Landesvorstandes waren dabei unterstützend vor Ort dabei.

Im Rahmen des Jubiläums 30 Jahre Landesverband, wurde eine Veranstaltung zur Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Weiter wurde auf Initiative von Roland Claus und den Genossinnen und Genossen vor Ort, eine Gedenktafel in Dessau angebracht.

Der Landesverband lud im Oktober 2019 zum Mitgliedertreffen „Meeteinander“ nach Magdeburg ein. Aufgrund der Pandemie wurde das Mitgliedertreffen im Folgejahr ausgesetzt. Die Veranstaltung soll aber weiter ein fester Bestandteil des Landesverbandes im Rahmen der Mitgliederarbeit sein.

Im November 2021 fanden 3 Regionalkonferenzen des Landesverbandes statt. Aufgrund der Corona-Lage wurden diese Regionalkonferenzen in Präsenz und in digitaler Form durchgeführt. Ziel der Beratungen war die Auswertung der Landtags- und Bundestagswahl 2021 sowie die Vorbereitung dieses Landesparteitages.

Tätigkeitsbericht des Landesausschusses 2019 – 2021

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Im 2. Halbjahr 2019 waren noch die Landesausschussmitglieder tätig, die für die beiden Jahre 2018 und 2019 gewählt waren. Wir trafen uns in dieser Zusammensetzung am 20. September 2019 zum letzten Mal und verständigten uns zum Papier „Ein Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“. An dieser Beratung nahm u. a. der damals neu gewählte Landesvorsitzende, Stefan Gebhardt, teil. In den Gesprächen mit der SPD und Bündnis90/Die Grünen sollte es unserer Meinung nach besonders um den ÖPNV, die Rentenpolitik, die Krankenhäuser und die Pflege sowie die Bedeutung der Gewerkschaften gehen. In dieser Sitzung sprachen wir außerdem über die ersten Wochen nach der Kommunalwahl und über die gebildeten neuen Fraktionen. Des Weiteren bestätigten wir in geschlossener Sitzung einstimmig die Höhe der Vergütung der Landesgeschäftsführerin und des Landesschatzmeisters.

37 Mitglieder wurden für den Landesausschuss 2020 bis 2021 in den Kreis- und Stadtverbänden sowie in den landesweiten Zusammenschlüssen, dem Jugendverband und dem Landesvorstand gewählt. Der Kreisverband Burgenlandkreis hat kein weibliches Mitglied gewählt. Von den gewählten sechs Mitgliedern der Zusammenschlüsse ist 2020 ein Mitglied aus der Partei ausgetreten. Damit sind wir derzeit 36 Landesausschussmitglieder und 21 Ersatzmitglieder. Außerdem sind zwei Mitglieder der Landtagsfraktion und ein Mitglied der Bundestagsfraktion mit beratender Stimme im Landesausschuss.

Dieser Landesausschuss traf sich 2020 zu zwei Präsenzsitzungen und einer gemeinsamen Beratung mit dem Landesvorstand sowie den Kreis- und Stadtvorsitzenden.

Zur konstituierenden Sitzung am 22. Februar 2020 waren erst 35 der 38 möglichen Mitglieder gewählt. Wir beschlossen die Geschäftsordnung und wählten wiederholt Marion Krischok aus dem Stadtverband Halle (Saale) als Vorsitzende und Michael Körtge aus dem Harzkreis als Stellvertreter. Auf der Tagesordnung stand die Vorbereitung der Landtagswahl. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Guido Henke und Stefan Gebhardt sowie dem Landeswahlkampfleiter Achim Bittrich verständigten wir uns zu den inhaltlichen und strategischen Schwerpunkten. In der Diskussion sprachen wir besonders zu sozialer Gerechtigkeit und zur Kinder- und Altersarmut. Wir wollen die gesamte Breite der Bevölkerung ansprechen und den Strukturwandel mitgestalten. In dieser Sitzung beschlossen wir nach einem kurzen Austausch einstimmig den Finanzplan 2020. Ebenso berieten wir über die weitere Arbeitsweise des Landesausschusses.

In der gemeinsamen Sitzung am 11. Juli 2020 ging es um die Wahlstrategie zur Landtagswahl und die Spitzenkandidatur.

Am 18. September 2020 verständigten wir uns zur weiteren Vorbereitung der Landtagswahl in den Kreis- und Stadtverbänden sowie auf Landesebene. Wie vor jedem Landesparteitag beschäftigten wir uns zu den vorliegenden Anträgen. Dieses Mal hatten wir bereits im Umlaufverfahren einen Änderungsantrag zur Landessatzung bzgl. der Landesaussschusstätigkeit eingebracht, der auf dem Parteitag auch beschlossen wurde. Außerdem formulierten wir Änderungsanträge zum vorliegenden Leitantrag. Ein wichtiger Punkt war der Beschluss des Landesvorstandes zu den künftigen Bundesparteitagsdelegierten. Wir stimmten dem mehrheitlich zu. Auf dieser Sitzung nahmen wir außerdem den Rechenschaftsbericht 2019 zur Kenntnis. Vom Landesschatzmeister erhielten wir einen Überblick über die aktuellen Finanzen. Zum Volksbegehren „Den Mangel beenden – unseren Kindern Zukunft geben!“ berichteten die meisten Landesaussschussmitglieder von der Unterschriftensammlung und weiteren Aktivitäten vor Ort.

Am 16. Januar 2021 berieten wir online gemeinsam mit dem Landesvorstand sowie den Stadt- und Kreisvorsitzenden zur Landesliste zur Landtagswahl.

Am 9. Juli 2021 tauschten wir unsere Erfahrungen aus der Landtagswahl aus. Neben dem für uns alle enttäuschendem Ergebnis fanden wir aber auch Gelungenes: Veranstaltungen vor Ort mit prominenten Personen unserer Partei, Verteilen von Tüten mit Info-Material und Kleinwerbmitteln, das Auftreten der Direktkandidierenden, die erstellten Videos, die Unterstützung durch andere Landesverbände und Kreise, das Verteilen der Wahlzeitungen und Flyer, Gespräche überm Gartenzaun und an der Haustür, ein Fahrradkorso zu Unternehmen der Daseinsvorsorge am 1. Mai, Info-Stände, die jedoch erst sehr spät möglich waren und unterschiedliche Reaktionen der Bevölkerung erlebbar machten, das Kurzwahlprogramm sowie das Setzen unserer Themen. Nicht zufriedenstellend waren für uns: das sehr spät bereitgestellte Kurzwahlprogramm, die zu wenigen Personenpostkarten, dass z. T. Material in den Kreisen selbst noch erstellt werden musste, z. B. zur Briefwahl, das Einbinden der Basis bei der Wahlprogrammerstellung, die Einbeziehung des Jugendverbandes in Gänze und uns fehlte eine sachlich wertschätzende Diskussion innerhalb unserer Partei. Unterschiedliche Meinungen gab es zum „Wessi-Plakat“ und zur starken Fixierung auf die Spitzenkandidatin. Reserven sind für uns: Wir müssen deutlicher zeigen, wofür wir stehen. Wir müssen mehr auf die Bürger*innen zugehen und erlebbarer werden. Wir müssen untereinander mehr und besser kommunizieren. Wir müssen den Personen- mit einem inhaltlichen Wahlkampf verknüpfen und das Thema „Osten“ mehr beachten. In dieser Diskussion hatten wir auch die bevorstehende Bundestagswahl im Blick. Schließlich nahmen wir den Rechenschaftsbericht 2020 zur Kenntnis. In der Beratung über den Finanzplan 2021 ging es besonders um die notwendige Beitragserhöhung. Durch eine ehrliche Beitragszahlung aller Mitglieder auf Grundlage der gültigen Beitragstabelle muss das möglich sein. Außerdem sollten wir vielfältige Formate nutzen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Einstimmig beschlossen wir den vorgelegten Finanzplan 2021.

Am 23. Oktober 2021 ging es um erste Schlussfolgerungen aus den für uns alle nicht zufriedenstellenden Ergebnissen der diesjährigen Wahlen. Wir waren uns einig, dass wir für die Menschen da sein und ihnen zuhören wollen und müssen. In unserem kommunalpolitischen Wirken sollten wir vor Ort sein und die Ideen der Bürger:innen aufnehmen. Wir müssen wieder als Kümmererpartei auftreten und wahrgenommen werden. Mit Leidenschaft gilt es, unsere Politikansätze zu erklären und zu vertreten. Dabei sollten wir uns auf unsere Schwerpunkte fokussieren. Die Verbindung zu den nach den Wahlen eingetretenen Mitgliedern müssen wir schnell aufnehmen. Die Möglichkeiten der älteren Genoss*innen sind genauso wertvoll wie

die neuen Formate, die besonders durch unsere jungen Mitglieder genutzt werden. Flächen- deckend müssen wir weiterhin im gesamten Land präsent sein. Ein weiterer Tagesordnungs- punkt war die Verständigung zu dem bevorstehenden Landesparteitag. Wir berieten sowohl über den Leitantrag als auch über die vielfältigen weiteren Anträge. Wir tauschten unsere un- terschiedlichen Vorstellungen von einem Leitantrag aus. Jedoch waren wir uns einig, dass die- ser in verständlicher Sprache formuliert werden muss. Außerdem kann es zur jetzigen Zeit nur eine erste Analyse der Wahlen geben, an der weiter gearbeitet werden muss. In einem letzten Punkt verständigten wir uns zu der gelungenen Wahl der Oberbürgermeisterin in Bernburg so- wie zu konkreten Aktionen der kommenden Wochen in den Kreisen.

Zu allen Sitzungen des Landesausschusses waren wir beschlussfähig. Ständiger Tagesord- nungspunkt war der Austausch zu Interessantem aus den Kreis- und Stadtverbänden, den Zu- sammenschlüssen, dem Landesvorstand sowie der Landtagsfraktion.

Bedanken möchten wir uns bei den beratenden Mitgliedern des Landesausschusses für ihre Hinweise und Ideen. Wir bedanken uns außerdem für die intensive Unterstützung bei dem Landesvorsitzenden und dem Landesschatzmeister sowie den Mitarbeiterinnen der Landesge- schäftsstelle.

Tätigkeitsbericht der Landesschiedskommission

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Die Landesschiedskommission musste im Berichtszeitraum in einem Fall tätig werden. Es handelte sich um einen Antrag des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle hinsichtlich des Beschlusses des Landesvorstandes zur Festlegung der Delegiertenwahlkreise für die Wahl der BPT-Delegierten. Der Stadtverband DIE LINKE. Halle hielt diesen Beschluss für nicht satzungskonform und beantragte eine neue Entscheidung des Landesvorstandes zur Festlegung der Delegiertenwahlkreise.

Im Ergebnis des Schiedsverfahrens einigten sich die Parteien in einem Vergleich darauf, dass der Landesvorstand eine Satzungsänderung erarbeitet, die alle Mitglieder des Landesverbandes gleichermaßen bei der Aufstellung der Delegierten des Bundesparteitages berücksichtigt. Diese sollte sodann dem Landesparteitag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dieser Vereinbarung kam der Landesvorstand im Jahr 2020 nach und brachte einen entsprechenden Satzungsänderungsantrag ein.

„Die Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE wird wie folgt geändert:

In § 14 Absatz 2 ist einzufügen

g) die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag,

Die Auflistung der folgenden Punkte verschiebt sich zu h) und i).

Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landesausschuss ein transparentes und effizientes Verfahren für die Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Aufgrund der stark unterschiedlichen Mitgliederzahlen in den Stadt- und Kreisverbänden und infolge der sinkenden Anzahl der Delegierten des Landesverbandes ist eine ausgewogene Vertretung der Mitgliedschaft in den Stadt- und Kreisverbänden durch eine Wahl in Delegiertenwahlkreisen, die aus zwei oder mehr territorial verbundenen Stadt- und Kreisverbänden bestehen, nahezu nicht möglich. Auf dem Landesparteitag sind alle Stadt- und Kreisverbände ausgewogen vertreten. Der Landesausschuss als Vertretung der Stadt- und Kreisverbände soll in ein zu erarbeitendes Verfahren für diese Wahl einbezogen werden.

Ferner sollte in der Bundessatzung der § 16 Absatz 2 insofern geändert werden, dass eine Wahl von Delegierten vor dem 1. Oktober ermöglicht wird. Das ist ohnehin auf der Agenda der Satzungskommission der Bundespartei.“

Dieser Antrag fand nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit.

Die Landesschiedskommission empfiehlt dem neu gewählten Landesvorstand, diese Diskussion im Rahmen einer kommenden Satzungsdebatte erneut aufzurufen. Aufgrund der Mitgliederentwicklung ist ansonsten mit einer wiederholten Auseinandersetzung zu dieser Problematik zu rechnen.

Nach Einschätzung der Kommission ist dem Landesvorstand weiterhin die Einsetzung einer Schlichtungskommission zu empfehlen. Hier können frühzeitig Konflikte so gelöst werden, dass ein gemeinsames politisches Arbeiten auch in Zukunft möglich ist.

Leitantrag

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022 in Leuna

1

2 **DIE LINKE kämpft**

3

4

5 DIE LINKE wieder stark machen: Deshalb sind nach der Bundestagswahl Hunderte neu zu uns
6 gekommen. Sie wollen Teil von etwas sein, das richtig ist. Also sagen wir selbstbewusst Will-
7 kommen. Und machen wir gemeinsam DIE LINKE wieder stark. Wir sind die Partei der Solida-
8 rität. DIE LINKE kämpft für Löhne und für Renten, die Sorgen nehmen, nicht Sorgen machen.
9 Wir wollen von den Reichen mehr fürs Gemeinwohl, nicht Lobbygelder für Parteien. Wir über-
10 lassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo lau-
11 fen. Wir gendern, aber vor allem sehen wir, die Würde, Freude und Schönheit jedes Menschen
12 und wollen, dass niemand diese verächtlich macht“.

13

14 Nach den verlorenen Wahlen ist uns klar, die richtige Forderung allein, die reicht noch nicht.
15 DIE LINKE kämpft im Parteiensystem um Sichtbarkeit, Geschlossenheit und um Vertrauen.
16 Politische Repräsentanz wandelt sich. Zentrale Fragen der Klimagerechtigkeit werden auf der
17 Straße mit mehr Vehemenz gestellt als in den Parlamenten. Daneben entwickelt sich Selbst-
18 organisation gegen übermächtige Kapitalinteressen und gegen die Spardiktate der öffentli-
19 chen Haushalte: Bundesweit versammeln sich Menschen zu Klimaprotesten, in der Mieter:in-
20 nen- und Krankenhausbewegung und bei antirassistischen Initiativen wie „unteilbar“. Gleich-
21 zeitig wachsen in der Pandemie Gewalt und Verschwörungstheorie. Die Parteiendemokratie
22 wird herausgefordert durch Angriffe von rechts und Erfolge populistischer Kommunikation.
23 Selten zuvor standen Entscheidungsträger:innen, politische Systeme und Handlungsweisen
24 so im weltweiten Vergleich wie in Zeiten der Pandemie.

25

26 In Sachsen-Anhalt dominieren die Kämpfe um die Finanzierung von Schulen und Universitä-
27 ten, die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und die Aufrechterhaltung des Schulun-
28 terrichtes. Im Parlament sind lagerübergreifende Koalitionen, wie jetzt im Bund, schon längst
29 Alltag. Die seit der letzten Landtagswahl mit der FDP eingegangene Koalition dürfte mehr
30 nach dem Geschmack der ostdeutschen CDU sein als die KENIA-Koalition zuvor. Entgegen
31 der erstaunlichen Wahlkampf mobilisierung ist die CDU, gerade die in Sachsen-Anhalt und im
32 Osten generell, kein Bollwerk gegen rechts, sondern der Brückenschlag zur AfD. DIE LINKE in
33 Sachsen-Anhalt hat dieser Augenwischerei immer deutlich widersprochen. Wir kämpfen im
34 Land gegen die Auswirkungen von Kürzungs- und Niedriglohnpolitik und die Langzeitfolgen
35 des Treuhandkahlenschlags. Für Geringverdiener:innen ist Obst und Gemüse zum Luxusgut ge-
36 worden, die gestiegenen Energiepreise sind für viele nicht mehr leistbar. Während andere

37 Bundesländer die Kita kostenfrei machen, klettern die Beiträge in Sachsen-Anhalt in die
38 Höhe.

39
40 Unser Landesverband ist ein ostdeutscher. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht daher nicht nur
41 Politik für europäischen Zusammenhalt, für globalen Frieden und Klimaschutz, sondern auch
42 und besonders für Ostdeutschland. Der Osten bringt seine besondere Geschichte mit. Diese
43 Geschichte wird vom Westen als Ballast angesehen, weil die vergleichende Perspektive auf
44 zwei Systeme und die Eigentumsfrage nicht erwünscht ist. Eben dies gehört in unseren Augen
45 zu Ostkompetenz dazu.

46
47 Die Fundamente einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten wurden vor 30 Jahren zerschla-
48 gen. Nicht nur die maroden, auch die tragfähigen. Wichtige Potenziale in der Nachwendege-
49 sellschaft wurden gezielt blockiert. Das ist mehr als ein Kratzer im Lack der deutschen Wie-
50 dervereinigung. Eine ganze Generation fehlt im Osten. Der generelle Fachkräftemangel zeigt
51 sich hier schon zugespitzter als in Westdeutschland. Bezahlbare Pflege und barrierefreies
52 Wohnen und Leben werden zunehmend elementar. Mit dem notwendigen Ausstieg aus der
53 Kohle verliert Sachsen-Anhalt die letzten Kerne der alten Bergbau-Industrie. Das geht einher
54 mit erschwerten Bedingungen für die hiesige chemische Industrie. Der Umbau der Reviere
55 muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden, sondern auch im Auf- und
56 Ausbau zukunftsfähiger Wirtschaft und Forschung in Sachsen-Anhalt. Die Entwicklung neuer,
57 gut bezahlter Arbeitsplätze ist die entscheidende Größe für gelingenden Strukturwandel.

58
59 Im Osten verfestigen sich antidemokratische und rassistische Stimmungen. Die Ablehnung
60 der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung werden eingewoben in eine Widerstandserzählung
61 gegen angebliche staatliche Willkür. DIE LINKE war immer Anlaufpunkt für antifaschistisches
62 und demokratisches Engagement. Gerade auch in Regionen, wo Rechtsextreme stark waren
63 und sind. Aus unserer Solidarität schöpfen wir Kraft und wir geben den Betroffenen rechter
64 Gewalt Halt. Antifaschismus und Antirassismus in der LINKEN ist Teil unseres historischen
65 und kulturellen Selbstverständnisses, ist gelebter Widerstand und Selbstermächtigung.

66
67

68 **Solidarität oder Ellenbogen**

69
70 Die neue Bundesregierung hat enttäuscht, bevor sie noch im Amt war: Die Steuerentlastung
71 für Normal- und Geringverdiener:innen ist mit der FDP nicht zu machen, weil sie den Vermö-
72 genden verpflichtet bleibt. Damit starten SPD und Bündnisgrüne mit dem Bruch eines zentra-
73 len Wahlkampfversprechens in die Regierung. Die Pläne zur Zerschlagung der Bahn waren ein
74 erster Testballon für die Akzeptanz erneuter Privatisierungen. Weiter geht es also im alten
75 Modus, den wir schon aus der Coronapolitik kannten: der Staat kann solange machen, wie es
76 den Reichen nützt. Gleichzeitig werden nun Modernisierungen des Landes angekündigt, die
77 die konservative Union schmerzhaft lange blockiert hat. Die neue Bundesregierung will das
78 Staatsbürger- und das Wahlrecht liberalisieren, Paragraph 219a und das Transsexuellengesetz
79 sollen endlich abgeschafft werden. Diese Koalition gibt an Freiheit mit vollen Händen aus, wo-
80 gegen sie an Umverteilung spart. Ein Gutteil des Zuspruchs (für Grüne und Liberale) ist eben
81 auch der Hoffnung der Wähler:innen geschuldet, man bekomme die großen Zukunftsaufgaben
82 schon irgendwie gelöst innerhalb des kapitalistischen Systems.

83
84 Und gerade deshalb ist es wichtig, dass wir da sind als linke Opposition, als unbestechliche
85 soziale Kraft. Wir verteidigen jeden Schritt, der Frauen das Recht über ihren Körper gibt. Wir

86 sind an der Seite derer, die sich ihr Selbst und ihr Leben in Widerspruch zu falschen Normen
87 erkämpfen müssen. Wir wollen einen Staat, der die Bürgerrechte mit den Menschenrechten
88 zusammen denkt. Aber wir wissen auch, dass Freiheit eine soziale Basis braucht, dass Zusam-
89 menhalt auf gleichen Rechten, aber auch auf ähnlichen Lohnzetteln basiert. Demokratie zeigt
90 in unseren Augen ihre Kraft, wenn sie allen Kindern unabhängig von den Möglichkeiten des
91 Elternhauses die bestmögliche Bildung bietet, wenn sie Steuergerechtigkeit herstellt und den
92 Selbstbedienungsladen ganz weit oben stoppt. Doch das alles packt die Ampel nicht an. Im-
93 mer mehr Haushalte verlieren Einkommen und Kaufkraft, die Mittelschichten schrumpfen, so-
94 zialer Aufstieg ist blockiert wie lange nicht. Statt eine Rentenreform anzugehen, will die Am-
95 pel mit der Aktienrente an der Börse zocken. Dieses Ausblenden sozialer Schieflagen gilt
96 auch für Klimaschutz und Verkehrswende, für den ökologischen Umbau der Gesellschaften,
97 wenn der Energieverbrauch letztlich eine Frage des Preises ist.

98
99

100 **DIE LINKE neu justieren**

101

102 Es wird Zeit, unsere Gewissheiten zu prüfen. Und uns dabei nicht zu zerlegen, da warten an-
103 dere nur darauf. Welche Rolle hat eine „Partei in Bewegung“, wenn Bewegungen stärker wer-
104 den, DIE LINKE aber nicht? Warum können Solist:innen, die es doch in allen Parteien gibt, bei
105 der LINKEN so viel Scheinwerferlicht beanspruchen? Welche Funktion hat DIE LINKE in der
106 parlamentarischen Demokratie, die herausgefordert ist von rechts? Sagen wir Bündnispolitik
107 „ja“, opponieren „ja“, aber regieren „jein“? Wir sind bei dieser Bundestagswahl angetreten mit
108 Konzepten, die erst mal durchgesetzt sein wollen: Der Umbau der Krankenversicherungen zu
109 einer Bürgerversicherung für alle. Ein Rentensystem, das den Lebensstandard auch ohne pri-
110 vates Aktiendepot garantiert. Ein Mindestlohn, der Existenz sichert und nicht schnurstracks in
111 die Altersarmut führt. Ein Steuerkonzept, das weit mehr ist als eine Millionärsabgabe, das um-
112 verteilt, das vor allem mittlere und kleinere Einkommen stärkt. DIE LINKE steht nicht mit lee-
113 ren Händen da. Aber mit leeren Versprechen, wenn Regieren per se abgelehnt wird. Die Ab-
114 stimmung zur Evakuierungsmission aus Afghanistan ist deshalb mehr als die Frage einer
115 Standortbestimmung, bei der es sicherlich gute Gründe für jedes individuelle Votum gab. Es
116 geht vielmehr darum, dass wir uns in der (Bundes-)Politik etwas leisten, was in Regierungsver-
117 antwortung für DIE LINKE undenkbar ist: Wir werten ideologische Positionen höher als die Fol-
118 gen unserer Entscheidungen. Wenn der Kampf um die Hegemonie innerhalb der Partei wichti-
119 ger als deren Relevanz in der Gesellschaft wird, dann verliert DIE LINKE. Das wissen wir seit
120 Jahrzehnten, nun ist es höchste Zeit, daraus Lehren zu ziehen. Die Bundestagswahl und die
121 vergangenen Wahlzyklen haben uns allerdings schmerzhaft gezeigt, wir verlieren und gewin-
122 nen nur gemeinsam.

123

124 Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich in neuer Schnelligkeit und Komplexität, die Digitalisie-
125 rung ist mehr als technische Begleitmusik. Das Internet beeinflusst die Art, wie Menschen
126 sich informieren, bilden und begegnen. Ganze Berufsgruppen verschwinden in der Automati-
127 sierung, dafür wächst eine neue Dienstleistungsbranche, die der ganz alten Dienstklasse äh-
128 nelt: Den Boten und Hausangestellten, Tagelöhner:innen und Lastenschleppern. Die Welt ver-
129 netzt sich immer dichter, und baut gleichzeitig ihre Grenzzäune immer höher. Dieses Grund-
130 rauschen bestimmt das Denken und Fühlen der Menschen vielleicht mehr als dass es sich in
131 unserer Arbeit niederschlägt. Der Wandel der Arbeitswelt, die Zweifel an der Stabilität von
132 Staatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit, die Folgen technischer Innovation für Demokratie,
133 Frieden und Bildung sowie industrie- und finanzpolitische Expertise gehören stärker in unser

134 Blickfeld. Hierzu brauchen wir neue programmatische Ansätze, die auch gesellschaftliche De-
135 batten voranbringen.

136

137 Im Angesicht der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen, des neuen Wechsel-
138 spieles zwischen Zivilgesellschaft und Parlament und den Erfolgen charismatischer Politik auf
139 der Welt erscheint die deutsche Parteienlandschaft noch vergleichsweise behäbig. Aber unter
140 den Bedingungen immer kleinteiliger Wahlentscheidungen wird es nicht nur auf unsere Er-
141 kennbarkeit ankommen, sondern eben auch auf Anschlussfähigkeit. Bevor wir rote Linien zie-
142 hen, brauchen wir Verbindungen in eine Gesellschaft im Wandel. Könnten wir vielleicht nicht
143 im Kampf für eine wirkliche Agrarwende, gesunde Lebensmittel und gerechteren Welthandel
144 mehr für Frieden und Umweltschutz tun als mit der hundertsten Pressemitteilung zur NATO?
145 Müssten wir nicht unsere sicherheitspolitischen Konzepte plausibler machen, gerade weil un-
146 sere Kritik so berechtigt ist, an Geheimdiensten, die bis heute die Aufklärung zum NSU-Terror
147 verhindern. Wieso dreht sich die Welt, aber wir bleiben stehen?

148

149

150 **Kräfte sammeln, Kräfte zeigen**

151

152 Heben wir wieder den Kopf und bleiben wir zusammen. Unsere Kraft wurzelt im Ehrenamt.
153 Eine Mitgliederpartei sitzt nicht auf Informationen, sondern gibt sie weiter. Die ostdeutschen
154 Landesverbände stehen längst vor ähnlichen Strukturfragen wie die im Westen: Mitgliederent-
155 wicklung, Kampagnenfähigkeit, Kommunikation. Kreisvorstände kommen neu ins Amt und
156 müssen Konflikte moderieren, die wir lange Zeit – im Osten – nicht kannten. Wir sind dankbar
157 all denen, die Verantwortung übernehmen, im Ehrenamt, am Infostand, in den Vorständen,
158 den Kommissionen der Partei. Und denen dankbar, die auch in der Krise standfest bleiben,
159 die Partei vor Ort zusammenhalten. Und wir anerkennen, wenn Übergaben strukturiert wer-
160 den und Genoss:innen neu in die Verantwortung kommen. Wir brauchen programmatische Er-
161 neuerung und eine Parteireform, um uns gesellschaftlichen Entwicklungen stellen zu können.
162 Mehr Kraft gehört in die Ansprache neuer Mitglieder und die Einbindung derer, die da sind.
163 Dazu soll die Mitgliederarbeit vom zukünftigen Landesvorstand evaluiert und weiterentwickelt
164 werden. Für die Zukunft brauchen wir auch im Landesvorstand eine:n Mitgliederbeauftragte:n,
165 die gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreis- und Stadtverbände regelmäßig zu-
166 sammentritt, sich austauscht und Formate entwickelt. Ein jährliches Mitgliedertreffen soll ge-
167 nau so erprobt werden, wie regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Kreis- und Stadtverbands-
168 ebene oder auch Landesebene.

169

170 Als aktive Mitgliederpartei ermöglichen wir Diskussionsräume, Begegnung und Austausch.
171 Der Benndorfer Parteitag hat gezeigt, die Stärke der LINKEN besteht im Zuhören, darin an-
172 dere Perspektiven aufzunehmen und den ländlichen Raum zu stärken. Gerade auch in Vorbe-
173 reitung der Kommunalwahl wollen wir dieses Format wieder aufnehmen. In den kommenden
174 Jahren werden wir mit Werkstätten die strukturelle und programmatische Weiterentwicklung
175 unserer Partei vorantreiben. Dabei sind die neuen Online-Formate genauso essenziell für die
176 Mitgliederbindung wie Aktiventreffen und sollten weiterhin ergänzend genutzt werden. Für
177 uns als sozialistische Partei war es von Anfang an notwendig zusammenzukommen und uns
178 auszutauschen. Unsere Partei lebt vom gemeinsamen Miteinander, sei es bei Aktionen, De-
179 monstrationen, Basis- oder Ortsverbandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Picknicks usw.
180 Die Corona-Pandemie hat vieles davon unterbunden, selbstverständlich wollen wir daran wie-
181 der anknüpfen sobald dies möglich ist. Politische Bildung ist ein fester Bestandteil einer akti-
182 ven Mitgliederpartei. Hier müssen wir wieder besser werden. Wir wollen wieder verstärkt die

183 eigenen Potenziale im Land hierfür nutzen, aber auch auf Kompetenz der Bundesebene und
184 unserer Partner:innen, wie etwa das Kommunalpolitische Forum oder die Rosa-Luxemburg-
185 Stiftung stärker zurückgreifen.

186
187 Die Geschäftsstellen der Partei und DIE LINKE in den Parlamenten sind wichtige Kraftzentren,
188 in denen die meisten Ressourcen konzentriert sind. Die Wahlniederlagen haben bittere Kon-
189 sequenzen auf allen Ebenen; wir verlieren Abgeordnete, Mitarbeiter:innen, Büros, Wissen,
190 Geld und Zeit. DIE LINKE steht vor einer enormen Kraftanstrengung, gemeinsam Strukturen
191 zu erhalten oder zu ersetzen. Unsere Abgeordneten stehen dabei immer in einer besonderen
192 Verantwortung. Und die Partei steht zu den Abgeordneten, die unsere öffentlichen Gesichter
193 sind. Eine wesentliche Aufgabe besteht für DIE LINKE in der Herstellung von kritischer Öffent-
194 lichkeit und Sichtbarkeit: Lautsprecher zu sein für unterrepräsentierte Interessen und Grup-
195 pen. Wir zeigen auf, was schief läuft im Land. Und wer dafür verantwortlich ist. Und wie man
196 zusammen aktiv wird. Wir machen soziale Verwerfungen transparent, eben auch denen, die
197 nicht davon betroffen sind. Damit ist mehr gemeint als Gegen-Öffentlichkeit in den eigenen
198 Kanälen. Es geht darum, die eigenen Konzepte verstehbar und zustimmungsfähig zu machen,
199 auch außerhalb der eigenen Twitterblase. In einer Gesellschaft, in der es so gut wie keine
200 Transparenz über das enorme Vermögen von Superreichen gibt, bleibt vielen unklar, was an
201 der Reichensteuer dringlich ist. Wir brauchen Konzentration bei unseren Themen und bei un-
202 serer Ansprache. Es macht einen Unterschied, ob wir eine Rentenreform fordern, oder auch
203 konkrete Vorschläge zur Umsetzung machen und dabei gute Erfahrungen anderer Länder in
204 Europa mit auf den Tisch legen. Viel gewonnen wäre, wenn Genoss:innen über linke Politik in
205 ihrem jeweiligen Kontext erzählen, analog und digital. Lassen wir von uns hören, eben auch
206 bei unseren Erfolgen im Gemeinderat. Nur so kann das Wechselspiel aus organisierter und in-
207 dividueller Kommunikation funktionieren.

208
209 DIE LINKE wird vielfältiger, bei uns und bundesweit. Bündnispolitik ist oft bereits ganz selbst-
210 verständliche Praxis derer, die als Aktivist:innen zu uns kommen, besonders auch im Jugend-
211 verband. In konkreten Kämpfen, in gemeinsamen Protesten erleben Menschen politische
212 Kraft. Dort fangen sie an, sich im besten Fall für DIE LINKE zu interessieren. DIE LINKE in
213 Sachsen-Anhalt ist aktiv in Bündnissen gegen den Lehrermangel und gegen Kinderarmut, für
214 kostenfreie Kitas. Wir sind wieder Teil der Studierendenproteste in Halle, dem Kampf ums
215 Krankenhaus in Gardelegen und Havelberg, der Lohn- und Tarifstreiks im Osten. Wir haben
216 bundesweit organisierte Kompetenz, Erfahrung und Menschen mit Ideen. Die Zusammenar-
217 beit sowohl im Land als auch mit der Bundesebene soll wieder stärker werden. Wir reden
218 nicht mehr so viel über Berlin, Magdeburg oder den ländlichen Raum, wir fahren hin oder la-
219 den zu uns ein. Auch in Sachsen-Anhalt machen wir Haustürwahlkampf, Sozialberatung und
220 mobile Sprechstunden. Probieren wir aus, bevor wir kritisieren. Hören wir denen zu, die es
221 praktizieren. Wir müssen Neues lernen und organisieren: Wenn wir digitale Angebote auswei-
222 ten, dann ohne diejenigen abzuhängen, denen es an Technik oder Praxiserfahrung fehlt.

223
224 Wir machen Politik auf allen Ebenen. Wir fördern die fachliche Arbeit, den Austausch und die
225 Vernetzung von Mitgliedern, Arbeitsgemeinschaften und Kommunalpolitiker:innen. In den
226 kommunalen Räten verwenden viele von uns ihre Zeit und Kraft, noch neben der Erwerbsar-
227 beit. Lasst uns mehr darüber reden: Unsere Arbeit muss sichtbarer werden. Die Europa- und
228 Kommunalwahlen werden die nächste Bewährungsprobe für DIE LINKE. In den kommenden
229 Jahren stehen zudem Oberbürgermeister:innen- und andere herausgehobene Wahlen in Sach-
230 sen-Anhalt an. Der Erfolg von Silvia Ristow in Bernburg hat uns gezeigt, wir sind erfolgreich
231 mit Verankerung, Kompetenz und Vertrauen vor Ort. Die Kreisvorstände verständigen sich mit

232 dem neuen Landesvorstand über die Ansprache von Kandidat:innen sowie die inhaltlichen
233 Schwerpunkte für die Kommunalwahlen. Die auch für Nichtmitglieder offenen Listen und die
234 parteiübergreifende Unterstützung von Bewerbungen zu herausgehobenen Personenwahlen
235 bleiben dabei wichtige Instrumente.

236

237

238 **Brücken schlagen**

239

240 Wir müssen aufhören, Zielgruppen und Sozialräume gegeneinander zu diskutieren. Wir sagen,
241 Hartz IV muss weg, aber eben auch, dass zehn Millionen Menschen mehr verdienen als einen
242 Armutslohn und eben auch, dass gut bezahlte Facharbeiter:innen und Angestellte steuerlich
243 entlastet werden müssen. Wir wissen, dass höhere Parkgebühren erst dann sozial und ökolo-
244 gisch wirken, wenn der Bus regelmäßig fährt. Die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse ist
245 relevant für Ost und West, Stadt und Dorf, Mann und Frau, Bürger:in und Mensch. Das Thema
246 Ost kann anschlussfähig sein in den Westen, weil Diskriminierung beides ist: eine Frage öko-
247 nomischer und kultureller Herabsetzung. Ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung hat
248 migrantische Wurzeln. Fast zehn Millionen Menschen dürfen nicht einmal den Bundestag
249 wählen. Wir fordern ein modernes Staatsbürgerrecht, genauso wie mehr Ostdeutsche und
250 Frauen in Spitzenfunktionen. Wir sehen, wer in der Bundesrepublik mit Niedriglöhnen abge-
251 speist wird, ein Drittel (!) der Beschäftigten im Osten, ein Viertel im Westen, dort vor allem
252 Frauen und Migrant:innen. Im Bundestag hat DIE LINKE den höchsten Anteil an Menschen mit
253 Migrationsgeschichte aller Fraktionen. Damit sind wir näher dran an den Veränderungen die-
254 ser Republik als viele andere. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das wird so blei-
255 ben. Wir blicken nicht mit kalter Schulter auf andere herab. Wir wollen ein Europa, das keine
256 Kinder vor einem Grenzzaun erfrieren lässt. Wir reden nicht einer Rente das Wort, die in die
257 Armut führt. Wir stopfen uns nicht die eigene Tasche voll, indem wir in der Pandemie Provisio-
258 nen für Masken kassieren. Wir werben nicht mit dem „Land der Frühaufsteher“, wenn Leute
259 früher aufstehen müssen, um stundenlang zur Arbeit zu pendeln.

260

261 Wir stehen für eine Gesellschaft ohne Angst; für ein Land, das die Freiheit des anderen ge-
262 nau so schätzt wie die eigene.

263

264 Dafür kämpft DIE LINKE. **Macht mit.**

Anträge zur Änderung der Landessatzung

Antrag 1 - Doppelt quotierte Redeliste

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 10 – Doppelt quotierte Redeliste

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

§ 10 (2) Landessatzung alt:

(2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt.

Zu ersetzen durch § 10 (2) Landessatzung neu:

(2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt gelten die Regelungen der doppelt quotierten Redeliste. Vorausgesetzt entsprechender Wortmeldungen reden Frauen und Männer abwechselnd, Wortmeldungen von Personen ohne vorherigen Wortbeitrag auf der Versammlung oder in dem Gremium rücken auf der jeweiligen Redeliste auf die oberste Position.

Begründung:

Jede Partei lebt von Beteiligung und jeder Parteitag von der Beteiligung möglichst Vieler. Es kommt dabei darauf an, auch die Stimmen derer hörbar zu machen, die nicht im professionellen Politikbetrieb zu Hause sind, die zurückhaltender sind und sich seltener zu Wort melden. Eine doppelt quotierte Redeliste macht es neueren, mit den Abläufen und Formalia noch nicht ganz so vertrauten Genoss*innen einfacher, ihre Auffassungen und Ideen zu äußern, wohingegen eine Einreihung hinter viele Viel-Redner*innen eine abschreckende Wirkung hat. Jede Stimme ist gleich viel wert in der Partei DIE LINKE und so übernimmt der Landesparteitag offiziell eine Praxis in die Landessatzung, die von den allermeisten Versammlungen und Gremien der LINKEn in Sachsen-Anhalt und auch bundesweit bereits Anwendung findet und zum üblichen Umgang gehört.

Antrag 2.1. - Mandatszeitbegrenzung

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich, (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 34 – Mandatszeitbegrenzung

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

Einfügen in § 34 (4) Landessatzung:

[...] Bei der Erstellung der Vorschlagsliste zur Bundestagswahl ist zu gewährleisten, dass nicht mehr als 75 Prozent der Bewerber:innen zwei oder mehr volle Legislaturen im Bundestag als Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger absolviert haben. Diese Quote bezieht sich auf die Anzahl der Plätze, die bei der letzten Wahl errungen werden konnten. Umfasst die aufzustellende Liste weniger Plätze, als DIE LINKE bei der letzten Wahl Mandate errungen hat, gilt diese Quote für den gesamten Vorschlag. Sobald die Quote erschöpft ist, können weitere langjährige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf den folgenden Listenplätzen kandidieren, für welche eine geringere Quotierung von 50 Prozent nach obigem Vorbild gilt. Mandatsträger:innen mit vier oder mehr Legislaturperioden in einem Parlament sollen nicht mehr kandidieren.

Begründung:

Die vergangenen Niederlagen bei verschiedensten Wahlen haben eines deutlich gemacht: Es darf kein Weiter-So geben. Daher beantragen wir hiermit eine **Erneuerungsquote**, welche keine harte Mandatszeitbegrenzung darstellt. Eine Fraktion sollte stets aus erfahrenen Kräften und frischem Personal bestehen, um die professionelle Arbeit ebenso sicherzustellen wie den Zufluss neuer Ideen und Perspektiven. Das Personal-Problem der LINKEN wird sich nicht ohne strukturelle Veränderungen lösen lassen. Neue Köpfe müssen rechtzeitig die Möglichkeit bekommen, parlamentarische Erfahrungen zu sammeln und sich bekannt zu machen.

Die Erneuerungsquote ist so konstruiert, dass sie nicht neue Kandidat:innen bevorzugt, sondern langjährige Abgeordnete benachteiligt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass nicht bei jeder Listenaufstellung nur die neuen Abgeordneten, die erst bei der letzten Listenaufstellung von der Regelung profitiert haben, wieder von der Liste verschwinden. Die Regelung bezüglich der Platzzahlen ist wichtig, damit nicht eine künstlich große Liste angelegt wird und die neuen Bewerber:innen dann auf aussichtslose Plätze verwiesen werden können.

Der Vorschlag bezieht sich nicht auf kommunale Mandatsträger:innen.

Hinweis: Die Satzungsänderung soll explizit auch für §35, also die Landesliste für die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt gelten.

Antrag 2.2. - Mandatszeitbegrenzung

Antragsteller:innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Florian Fandrich, Michael Finger, Jutta Walther (KV Saalekreis)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 34 – Mandatszeitbegrenzung

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

Einfügen in § 34 (4) Landessatzung:

[...] Bei der Erstellung der Vorschlagsliste zur Bundestagswahl ist zu gewährleisten, dass unter den ersten vier Bewerber:innen wenigstens eine:r bisher höchstens eine volle Legislaturperiode als Mandatsträger:in absolviert hat. Gleichzeitig ist dort zu gewährleisten, dass unter den ersten acht Bewerber:innen wenigstens zwei bisher höchstens eine volle Legislaturperiode als Mandatsträger:in absolviert haben.

Begründung:

Es handelt sich zentral um die Abwandlung des Antrags 2 – Mandatszeitbegrenzung aus dem ersten Antragsheft zum abgesagten LPT 2021. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hinweis: Die Satzungsänderung soll explizit auch für § 35, also die Landesliste für die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt gelten.

Antrag 3.1. - Zusammensetzung des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis), Dirk Gernhardt (SV Halle)

Satzungsänderung: Zusammensetzung Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 14 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt:

(7) Der Landesparteitag wählt:

alt: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden

neu: a) die beiden Landesvorsitzenden unter Berücksichtigung der Mindestquotierung, wobei eine:r weder Mandatsträger:in auf Landes- oder Bundesebene sowie in keinem abhängigen Beschäftigungsverhältnis von der Partei sein darf.

Begründung:

DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung der Geschlechter. Uns selbst ist die Quotierung in all unseren Gremien und Strukturen ein wesentliches Merkmal. Bei uns kann jede:r Verantwortung übernehmen, denn DIE LINKE ist eine zutiefst basisdemokratische Partei. Daher ist neben der Quotierung auch das Teilen von Macht inhärent. Wir agieren auf Augenhöhe und versuchen, Hierarchien möglichst flach zu halten. Deswegen gilt es auch, die Macht an der Spitze zu teilen und zu verteilen. Dies bietet eine große Chance, Gleichberechtigung weiter auszubauen, personelle Kapazitäten zu stärken, Kompetenzen zu doppeln und anschlussfähiger für viele Menschen zu sein. Doppelspitzen haben weiterhin den Vorteil der Aufgaben- und Kompetenz-Aufteilung nach innen und nach außen. Die hälftige Unabhängigkeit des Landesvorsitzenden-Duos garantiert, dass die Satzung der Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt greift, wonach die Landesvorsitzenden an den Treffen der Fraktionsführung teilnehmen dürfen, um die politische Arbeit der Fraktion zu überprüfen und eventuell im Sinne der Partei Einfluss auf Entscheidungen der Fraktion zu nehmen.

Antrag 3.2. – Zusammensetzung des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Florian Fandrich, Michael Finger, Alexander Sorge, Jutta Walther (KV Saalekreis)

Satzungsänderung: Zusammensetzung Landesvorstand

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

§ 14 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt:

(7) Der Landesparteitag wählt:

Alt: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden

Neu: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden oder die beiden Landesvorsitzenden unter Berücksichtigung der Mindestquotierung

Begründung:

Es handelt sich um eine Alternative zum Antrag 3 – Zusammensetzung des Landesvorstandes aus dem ersten Antragsheft zum abgesagten LPT 2021, die zumindest die Möglichkeit der Doppelspitze herstellen soll. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 4 - Begrenzung der Plätze für Mandatsträger*innen und Mitarbeiter*innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand

*Antragsteller*innen: Stadtverband Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis)*

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 18 – Begrenzung der Plätze für Mandatsträger*innen und Mitarbeiter*innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

Einfügen in § 18 (1) Landessatzung:

[...] Es dürfen maximal 40 Prozent der Plätze im Landesvorstand an Mandatsträger:innen aus Bundestag und Landtag sowie den Mitarbeiter:innen der Fraktionen und den Mitarbeiter:innen der Abgeordneten besetzt werden.

Begründung:

Partei kommt vor Parlament, Basis vor Fraktion. Um die Unabhängigkeit des Landesvorstandes zu stärken, werden die Plätze für Mandatsträger:innen und deren direkten sowie indirekten Angestellten (Fraktionsmitarbeiter:innen) auf 40 Prozent der Plätze im Landesvorstand begrenzt. Dies erlaubt dem Vorstand einen unverstellten Blick auf die Arbeit der Abgeordneten und die Bewegungsfreiheit – wenn nötig – kritisch auf Anträge oder Beschlüsse der Fraktionen zu reagieren.

Antrag 5 - Generationengerechtigkeit bei Landeslisten zu Wahlen

Antragsteller:innen: Rebekka Grotjohann, Robert Fietzke (SV Magdeburg), Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Christian Arnd (SV Magdeburg) Florian Fandrich (KV Saalekreis), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle) Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis)

Der LPT möge beschließen:

§ 34 der Landessatzung wird um folgenden Punkt (6) erweitert:

Über die Zusammensetzung einer Landesvertreter:innenversammlung zur Aufstellung einer Landesliste (Größe und Delegiertenschlüssel) und über das genaue Aufstellungsverfahren entscheidet spätestens im Jahr vor einer regulären Wahl der Landesparteitag, im Falle einer vorgezogenen Wahl kurzfristig ein Gremium aus Landesvorstand, der oder dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und den Kreisvorsitzenden. Der Beschluss zum Aufstellungsverfahren muss geeignete Verfahren zu einer angemessenen Berücksichtigung der Regionen und der Generationen auf der Landesliste enthalten.

Begründung:

Der demographische Wandel schreitet voran, und auch unsere Partei wird immer „älter“. Hingegen ist jede:r 5. Genoss:in unter 35. Diese Generationenrealität findet sich jedoch selten auf unseren Listen zur Landtags- und Bundestagswahl wieder.

Mit dieser Satzungsänderung wollen wir dem Thema „Generationengerechtigkeit“ mehr Relevanz geben. Das bedeutet also erstmal nur, dass wir uns selbst bzw. dem Landesvorstand, welcher ja meist die Personalvorschläge erarbeitet, das Thema und die Wichtigkeit dessen auf die Fahnen schreiben.

Antrag 6 - Transparenz bei Listenaufstellungsverfahren zu Landtags- und Bundestagswahlen

Antragsteller:innen: Rebekka Grotjohann, Robert Fietzke (SV Magdeburg), Ruth Fiedler (KV Harz), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis)

Der Landesparteitag möge einschließen:

§ 34 der Landessatzung wird um following Punkt (7) erweitert:

Bei Listenaufstellungen und der Erstellung von Personalvorschlägen zu Bundestagswahlen ist in den Bewerbungsunterlagen als auch den Wahlzetteln neben den Namen der Kandidierenden in gleicher Form und Größe deren Anzahl der vollen im jeweiligen Parlament absolvierten Jahre als Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger zu nennen.

Begründung:

Hier geht es um eine höhere Transparenz. Wir wollen, dass sofort ersichtlich ist, wie lange der/die Kandidat:in schon im entsprechenden Parlament gewirkt hat – auch, damit vorhergesagte Erneuerungsquote so leichter nachzuvollziehen ist.

Antrag 7 – Anzahl der Delegiertenmandate

Antragssteller:innen: Landessprecher:innenrat der Linksjugend Sachsen-Anhalt

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 15 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt:

(7) alt: [...]. Dabei erhalten landesweite Zusammenschlüsse sowie der Jugendverband quotiert je 2 Delegiertenmandate mit beschließender Stimme. [...]

neu: [...]. Dabei erhalten landesweite Zusammenschlüsse 2 und der Jugendverband 4 Delegiertenmandate mit beschließender Stimme. [...]

Begründung:

Der Jugendverband „Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt“ sieht sich in seinem Selbstverständnis als Jugendverband der Partei DIE LINKE. Die Mitgliederzahl des Jugendverbandes hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, was aufzeigt das junge Menschen die Politik mitgestalten wollen. Er repräsentiert mit mehr als 500 Mitgliedern mehr Genoss:innen als die meisten Kreisverbände, erhält aber wie jede LAG nur 2 Delegiertenmandate. Dieser Umstand ist sowohl nicht mit den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie vereinbar, bekommt aber zudem nach der herben Wahlniederlage der Partei DIE LINKE eine externe Brisanz.

Nach der Studie von Simon Schnetzer „Junge Deutsche 2021“ ist einer der Hauptfaktoren von Menschen aus „Generation Z“ (1995 bis 2009) und „Generation Y“ (1980 bis 1994) warum sie unzufrieden sind, ihre fehlende Repräsentation in der Politik. Gleichzeitig schneidet die Partei DIE LINKE bei unter 25-Jährigen mit 8 Prozent (Infratest) so schlecht ab wie keine andere demokratische Partei im Bundestag.

Um auch weiterhin relevant zu bleiben, braucht die Partei jetzt frische Ansätze, die eine neue Generation von Wähler:innen anspricht. Dies kann nur passieren, wenn die Repräsentant:innen dieser Altersgruppe im innerparteilichen Prozess eingebunden sind und das mit deutlich höherer Entscheidungskraft als innerparteiliche Zusammenschlüsse.

Anträge zur Änderung der Landesfinanzordnung

Antrag 1

Änderung der Landesfinanzordnung im § 4 – Abgaben kommunaler Mandatsträger:innen

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Christian Arnd (SV Magdeburg) Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle)

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag möge die Landesfinanzordnung wie folgt ändern:

Ergänzen von § 4 (2) Landesfinanzordnung mit:

[...] Für Vereinbarungen mit kommunalen Mandatsträger:innen sind Abgaben von mindestens 50 Prozent der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder festzulegen (ohne Verdienstausschluss, Fahrtkosten und sonstigen Auslagenersatz). Begründete Abweichungen für einzelne Mandatsträger:innen aufgrund deren persönlicher Lebensumstände (z.B. Transferleistungsempfänger:innen) sind möglich.

Begründung:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt schrumpft in jeder Hinsicht. Bei den Mitgliederzahlen sowie in den Parlamenten. Dadurch entstehen auf Seiten der Partei erhebliche finanzielle Lücken. Für den Wiederaufbau wird jedoch Geld benötigt, um die Basisorganisationen mit allen Mitteln auszustatten, die dafür nötig sind. Entsprechend empfehlen wir hier eine Änderung der Landesfinanzordnung, die mit den Landesfinanzordnungen von anderen Landesverbänden im Einklang ist.

Antrag 2

Änderung der Landesfinanzordnung § 4 – Funktionszulagen Mandatsträger:innen

Antragsteller: Christian Arnd (SV Magdeburg)

Beschlussvorschlag:

Ergänzen von § 4 (2) Landesfinanzordnung mit:

[...] Sollten Mandatsträger:innen im Deutschen Bundestag oder im Landtag von Sachsen-Anhalt Funktionszulagen erhalten für Fraktionsposten (z.B. Fraktionsvorsitzende:r oder parlamentarische:r Geschäftsführer:in) oder für Funktionen im parlamentarischen Betrieb (z.B. Bundestagspräsident:in), sind von diesen Funktionszulagen mindestens 50 Prozent als zusätzliche Mandatsträger:innenabgaben an die Landespartei zu zahlen.

Begründung:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt schrumpft in jeder Hinsicht. Bei den Mitgliederzahlen sowie in den Parlamenten. Dadurch entstehen auf Seiten der Partei erhebliche finanzielle Lücken. Für den Wiederaufbau wird jedoch Geld benötigt, um die Basisorganisationen mit allen Mitteln auszustatten, die dafür nötig sind. Die Funktionszulagen einzelner Mandatsträger:innen sorgen nicht selten für eine Verdoppelung der Diät, stehen aber in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Mehrarbeit. Daher ist eine Abführung der Hälfte legitim und akzeptabel, um die Partei in dieser Zeit finanziell zu stabilisieren. Außerdem wirken wir so aktiv gegen die Herausbildung einer Lohnhierarchie unter unseren Abgeordneten, die manche besser und andere schlechter stellt.

Weitere Anträge

Antrag 1

Begrenzung der Ausübung eines Mandates im Landtag oder Bundestag

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land

Die Dauer der Ausübung eines Mandats für unsere Partei im Landtag oder Bundestag wird auf zwei aufeinander folgende Legislaturperioden begrenzt.

Begründung:

Das verringert die Gefahr, dass gewählte Abgeordnete unserer Partei die Bodenhaftung verlieren und in bestehenden parlamentarischen Strukturen verkrusten.

Antrag 2

Struktur des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land

Aufgrund der abnehmenden Mitgliederzahl des Landesverbandes und der sinkenden Bedeutung unserer Partei in der Bevölkerung soll der Landesvorstand neu strukturiert werden.

Wir beantragen, dass nachfolgende Vorschläge dabei Beachtung finden:

- Der/die Vorsitzende des Landesverbandes soll nicht Mitglied einer Fraktion im Landtag oder Bundestag sein.
- Der Landesvorstand soll verkleinert werden und nur vierteljährlich tagen. Zwischen den Tagungen des Landesvorstandes erfolgt die politische Führung des Landesverbandes durch einen geschäftsführenden Landesvorstand. Dieser ist dem Landesvorstand rechenschaftspflichtig.
- Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, in der klar die Aufgaben und Zuständigkeiten definiert sind. Die Geschäftsordnung soll die Möglichkeit von Videokonferenzen enthalten.
- Bei der Zusammensetzung des Landesvorstandes ist darauf zu achten, dass die Anzahl von Abgeordneten sowie Mitarbeiter:innen und Wahlkreismitarbeiter:innen der Fraktionen in Bund und Land nicht überwiegt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag 3

Kriterien zur Erstellung eines Listenvorschlags für Landtagswahlen

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land

Folgende Kriterien sollen bei der Erstellung des Listenvorschlages berücksichtigt werden:

Für die ersten 15 Plätze:

- Für die einzelnen Plätze (auch 1) werden Themenfelder durch den Landesparteitag festgeschrieben, auf die sich die Kandidierenden bewerben können.
- Die regionale Ausgewogenheit wird durch die Festschreibung von 5 mal je 3 Plätzen nach den Landesregionen gesichert.
- 5 Plätze müssen an Bewerber:innen vergeben werden, die bisher nicht im Landtag vertreten waren.
- Eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein Studienabschluss soll Voraussetzung für eine Bewerbung sein.
- Mindestens 3 Bewerber:innen müssen unter 30 Jahre alt sein.
- Bewerber:innen für Listen dürfen an der Erstellung des Listenvorschlages durch den Landesvorstand nicht beteiligt sein.

Mit diesen Vorgaben soll eine Eignung der Bewerber:innen für einen Listenvorschlag präzisiert und ihre Gleichbehandlung bei der Aufstellung gesichert werden.

Dem LV wird so ein Instrument an die Hand gegeben, um keine verkrusteten Strukturen zuzulassen und die Basis gleichberechtigt zu beteiligen.

Antrag 4

Doppelspitze in der Landtagsfraktion

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis), Dirk Gernhardt (SV Halle)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich für die Teilung der Verantwortung im Parlament mit der nächsten bevorstehenden Wahl des Fraktionsvorstandes – spätestens jedoch mit dem Ende des Jahres 2022 – die Doppelspitze unter Beachtung der Mindestquotierung wiederherzustellen.

Begründung:

Die Landtagsfraktion hatte in 2020 die Doppelspitze als Führungsduo eingerichtet. Diese Doppelspitze wurde nun mit der Neuwahl des Fraktionsvorstandes wieder aufgehoben und damit alle Chancen, die in solch einer Teilung des Amtes stecken, ausgesetzt. Jedoch ist gerade für DIE LINKE das Teilen der Macht, das Teilen des Führungsanspruchs auch ein Garant für Glaubwürdigkeit. Zudem bietet dies eine große Chance, Gleichberechtigung weiter auszubauen, personelle Kapazitäten zu stärken, Kompetenzen zu doppeln und strategisch wirksamer in der politischen Umsetzung im Parlament zu sein. Bei einer kleiner gewordenen Fraktion sind eher die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zu reduzieren.

Antrag 5

Änderung der Kommunalverfassung im Sinne des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.04.2021

*Antragsteller*innen: LAG Klima, Stadtverband Magdeburg*

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE wird beauftragt, bei der anstehenden Änderung der Kommunalverfassung einen Antrag einzubringen, dass der § 4 der Kommunalverfassung in seiner jetzigen Form („Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben im eigenen oder im übertragenen Wirkungskreis. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.“) im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts mit Hinblick auf die Generationengerechtigkeit geändert wird. Der zweite Satz des Paragraphen soll durch die Erfüllung von Aufgaben im Klimaschutz und in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergänzt werden. Gleichzeitig muss für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen im Land gesorgt werden.

Vorschlag für eine Formulierung des § 4 Kommunalverfassung: „Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben im eigenen oder im übertragenen Wirkungskreis. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner:innen erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit und betätigen sich im Klimaschutz und in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“

Begründung:

Derzeit sehen Kommunen den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung aufgrund der Festlegung der Aufgabenerfüllung nicht als Pflichtaufgabe und haben auch kein Geld zur Verfügung, um sich zu betätigen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht klar, dass es ein Grundrecht auf Klimaschutz und Schutz vor den Folgen des Klimawandels gibt, und dass das somit Teil der Daseinsvorsorge ist. In beiden Aufgabenfeldern übernehmen Kommunen eine immens wichtige Rolle und müssen dieser auch gerecht werden können. Dafür braucht es die entsprechende gesetzliche Grundlage in Sachsen-Anhalt, nämlich eine Erweiterung des Aufgabenfeldes der Kommunen mit Hinblick auf den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung. Diese Aufgabenbereiche sind auch Grundlage für die Finanzausstattung der Kommunen.

Bisher bekannte Kandidaturen

Stand: 27. Januar 2022

Landesvorsitzende:r:

Stefan Gebhardt	Mansfeld-Südharz
Janina Böttger	Halle (Saale)

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Dr. Angelika Klein	Mansfeld-Südharz
Felix Schopf	Salzlandkreis
Alexander Sorge	Saalekreis

Landesgeschäftsführer:in:

Sabine Krems-Jany	Saalekreis
Stefanie Mackies	Halle (Saale)

Landesschatzmeister/in:

Hans-Joachim Bittrich	Jerichower Land
-----------------------	-----------------

Landesvorstand:

Rebekka Grotjohann	Linksjugend/Magdeburg
Judith Linde-Kleiner	Börde
Stefanie Mackies	Halle (Saale)
Louise Müller	Magdeburg
Robert Brix	Saalekreis
Roland Claus	Salzlandkreis
Florian Fandrich	Saalekreis
Daniel Feuerberg	Mansfeld-Südharz
Andreas Henke	Harz
Frank Hoffmann	Dessau-Roßlau
Holger Köhne	Stendal
Nicklas Kurzweil	Burgenlandkreis
Dr. Karsten Lippmann	Harz
Ralf Neumann	Mansfeld-Südharz
Raik Ohlmeyer	Altmarkkreis Salzwedel
André Richter	Anhalt-Bitterfeld
Lucas Zahn	Mansfeld-Südharz
Elias Zarrad	Wittenberg/Linksjugend

Mitglieder im Bundesausschuss:

Ute Haupt	Halle (Saale)
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld

John Lucas Dittrich	Magdeburg
Holger Köhne	Stendal

Ersatzmitglieder im Bundesausschuss:

Monika Krüger	Börde
---------------	-------

Landesschiedskommission:

Landesfinanzrevisionskommission: